

PRESSEMITTEILUNG

der Zahnärzte für Niedersachsen e.V. (ZfN)

Forderungen an die Politik

Wietze, den 20.08.2009 · Deutschland verfügt über eines der patientenfreundlichsten Gesundheitssysteme der Welt. Dieses System der gegliederten Krankenversicherung ist über Jahrzehnte gewachsen und hat sich trotz aller verbliebenen Mängel bewährt.

Unter dem politischen Druck soll dieses System unter dem Deckmantel einer sog. Gerechtigkeit mit Macht in ein rein staatlich gelenktes System umgebaut werden, so wie wir es aus vielen Ländern kennen, in denen sich deutsche Bürger lieber nicht medizinisch versorgen lassen möchten.

Unverhohlen setzt sich die derzeitige SPD-Gesundheitsministerin mit Zustimmung der CDU-Bundeskanzlerin dafür ein, Gesundheitszentren an Stelle der freiberuflich geführten Arztpraxen zu etablieren. Dabei fällt auch der Begriff der Polikliniken, der aus DDR-Zeiten in Erinnerung ist. Flächendeckende ärztliche Leistungen sollen zukünftig vermehrt durch Krankenschwestern und medizinische Beratungen durch Callcenter von profitorientierten Kapitalgesellschaften erbracht werden. Das alles unter dem Gesichtspunkt ständiger Kostendämpfung.

Die Bundesregierung nimmt nicht zur Kenntnis, dass der Leistungsstandard des gegenwärtigen Gesundheitssystems und die Anpassung an den Stand der Wissenschaft durch permanente Sparmaßnahmen bei den Leistungserbringern nicht zu erhalten sind. Die logische Folge kann nur eine Leistungsbegrenzung sein. Das ist eine Tatsache, die die Bundesregierung, insbesondere vor einer Wahl, ausblenden möchte. Als Ablenkungsmanöver wird in dieser Zeit öffentlicher Druck auf die Ärzteschaft ausgeübt, und speziell durch das Bundesgesundheitsministerium wird ein Bild geldgieriger und zum Teil betrügender und korrupter Ärzte gezeichnet.

Die Bundestagswahl steht vor der Tür,

und deshalb sollten die Wähler und die zu Wählenden wissen, welche Forderungen die niedersächsischen Zahnärzte an die Politik stellen, um den Bürgern dieses vorbildhafte und leistungsfähige Gesundheitssystem zu erhalten. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn die freiberuflich geführte Zahn/Arztpraxis bei auskömmlicher und verlässlicher Honorierung der erbrachten Leistungen erhalten bleibt. Daher fordern die niedersächsischen Zahnärzte:

Freie Arztpraxis und freie Arztwahl

- Die niedersächsischen Zahnärzte fordern den Erhalt und den Ausbau freiberuflich geführter unabhängiger Praxen und die freie Arztwahl durch die Bürger. Nur so kann eine flächendeckende Versorgung der Bürger langfristig auf dem bisherigen hohen Niveau sichergestellt werden.

Abschaffung der Budgetierung

- Wir fordern die Abschaffung von Budgetierungen, in deren Folge Zahnärzte Leistungen erbringen, die sie am Ende nicht bezahlt bekommen. Kosten für Personal und notwendige Investitionen für eine fortschrittsorientierte Medizin müssen – wie in jedem mittelständischen Betrieb – kalkulierbar bleiben. Budgets führen zu einer schleichenden Entwertung ärztlicher Leistungen und zur Mangelmedizin.

Keine Planwirtschaft im Gesundheitssystem

- Eine planwirtschaftliche und staatliche gelenkte Entwicklung führt zwangsläufig zu mehr Bürokratie und Fortschrittsfeindlichkeit und damit zu Leistungsbeschränkungen für die Patienten. Eine Staatsmedizin führt zu Rückschritt, wie er aus DDR-Zeiten bekannt ist. Wir Zahnärzte fordern weiterhin Vertrags- und Gestaltungskompetenz auf Landesebene und lehnen eine zentralistische Lenkung ab. Nur so können die Besonderheiten des Bundeslandes und seiner Bürger berücksichtigt werden.

Keine Kapitalgesellschaften und Callcenter, statt dessen wohnortnahe Versorgung der Patienten durch freie Zahnarztpraxen

- Eine Kommerzialisierung durch ausschließlich gewinnorientierte Kapitalgesellschaften und Kettenpraxen bei gleichzeitiger Ausdünnung der flächendeckenden Versorgung durch Haus- und Facharztpraxen ist nicht im Sinn der Bevölkerung. Eine wohnortnahe Versorgung ist insbesondere für die stetig älter werdende Bevölkerung wichtig. Eine ersatzweise dezentrale Versorgung von Patienten durch Krankenschwestern oder halbakademische Assistenzberufe an Stelle von Ärzten spart Geld, bedeutet aber einen Verlust an Sicherheit und ist daher abzulehnen. Ebenso bedeutet der von der Bundesgesundheitsministerin ins Gespräch gebrachte Betrieb dezentraler Dependancen von Versorgungszentren oder Polikliniken durch tageweise wechselnde „wandernde“ Ärzte für die Patienten eine unzumutbare Belastung.

Erhalt der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung ohne Verlust zahnärztlicher Leistungsfähigkeit

- Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen haben als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Rahmen ihrer kollektiven Vertragsstrukturen bisher eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung der Patienten sichergestellt. Selektivverträge zwischen Konzernen, Krankenkassenverbänden auf der einen Seite und einzelnen Zahnarztgruppen oder Zahnärzten auf der anderen Seite führen zwangsläufig zu Knebelverträgen, bei dem der möglichst „billige“ Einkauf von ärztlichen Leistungen im Vordergrund steht. Das führt letztlich zu einer Zuteilungsmedizin, die die Bevölkerung ablehnt. Der Erhalt der Zahnärztlichen Körperschaften als Bindeglied zwischen Zahnärzten, Politik und Bevölkerung hat sich bewährt. Oft wird auch vergessen, dass alle Leistungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen von den Zahnärzten selbst bezahlt werden und nicht von Patienten oder Krankenkassen. Dabei kommen die KZVen mit Verwaltungskosten aus, die weit unter denen staatlicher Einrichtungen liegen.

Gebührenordnung für Zahnärzte seit 21 Jahren nicht angepasst!

- Zahnärzte müssen mit einer seit 21 Jahren unveränderten und nicht angepassten Gebührenordnung auskommen. Im Gegensatz zur Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) ist beispielsweise der Ansatz des 2fachen Gebührensatzes der zahnärztlichen Gebührenordnung GOZ keinesfalls gleichzusetzen mit dem doppelten Honorar gegenüber der Gesetzlichen Krankenversicherung. Vielmehr müsste im Durchschnitt der 2,3fache Satz (GOZ) berechnet werden, um die Höhe des Kassenhonorars zu erzielen. Diese Unterschiede in den Gebührenordnungen werden von der Politik nicht wahrgenommen oder sie sind dort, ebenso wie in der Bevölkerung, unbekannt.
Die niedersächsischen Zahnärzte fordern daher eine Anpassung der Gebührenordnung an die Kostenentwicklung der letzten Jahrzehnte und zugleich einen Leistungskatalog auf dem Boden neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich der Zahnmedizin.

Zahnärzte lehnen die elektronische Gesundheitskarte ab

- Die niedersächsischen Zahnärzte lehnen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte als Ausdruck der Datensammelwut des Gesundheitsministeriums ab. Bei immensen Kosten für Versicherte und Ärzte dient die Datensammlung in erster Linie der Erfassung der Leistungen, die der Bürger in Anspruch nimmt. Auch ein Zentralserver ist letztlich nicht sicher vor Zugriffen durch Unbefugte und Missbrauch der Daten.

Zahnärzte für Niedersachsen e.V. (ZfN)

D.M.D. Henner Bunke

Vorsitzender

Geschäftsstelle

Steinförder Straße 2

29323 Wietze

Telefon: 05146-8560

Fax: 05146-4505

E-Mail: hbunke@zfn-online.de

URL: <http://www.zfn-online.de>



Zahnärzte für Niedersachsen

www.zfn-online.de

Der eingetragene Verein „Zahnärzte für Niedersachsen“ (ZfN) ist ein niedersachsenweiter Zusammenschluss von Zahnärztinnen und Zahnärzten, Fachzahnärzten für Kieferorthopädie sowie Fachärzten für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, die sich fachlich und politisch besonders für die Zahnärzteschaft und die zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung engagieren.